

# Die Grünen blockieren härtere Abschieberegeln

**Asyl** Die oppositionelle Union zeigt Sympathie für Pläne der sozialdemokratischen Bundesinnenministerin Nancy Faeser. Doch der Ampelpartner geht auf Konfrontationskurs.

**Berlin.** Die Pläne von Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD), die Regeln für Abschiebungen zu verschärfen, stoßen beim grünen Koalitionspartner auf massiven Widerstand. „Abschottung und Abschreckung haben nichts mit den tatsächlichen Herausforderungen bei der Aufnahme, Versorgung und Integration von Schutzsuchenden zu tun“, sagt Filiz Polat dieser Zeitung. Aus Sicht der Migrationsexpertin der Grünen-Bundestagsfraktion ist der sogenannte Ausreisegewahrsam aufgrund des massiven Eingriffs in das verfassungsrechtlich garantierte Freiheitsrecht abzulehnen.

In einem Diskussionsentwurf für ein „Gesetz zur Verbesserung der Rückführung“ hatte Faeser vorgeschlagen, die Höchstdauer

des Ausreisegewahrsams von 10 auf 28 Tage zu erhöhen. Damit sollen die Behörden mehr Zeit bekommen, um Abschiebungen vorzubereiten. Außerdem will die Innenministerin Asylbewerber, die unvollständige oder falsche Angaben zu ihrer Identität machen, härter bestrafen. Der Polizei will Faeser ermöglichen, bei der Durchsetzung von Abschiebungen auch andere Räume als die des Betroffenen zu betreten, um zu verhindern, dass sie sich in Gemeinschaftsunterkünften verstecken.

Faeser schlägt zudem vor, Verstöße gegen das Einreise- oder Aufenthaltsverbot zu einem eigenständigen Haftgrund zu machen. Der Datenaustausch zwischen Ausländer- und Sozialbehörden soll verbessert werden,

um einen Missbrauch bei den Sozialleistungen zu verhindern. In Absprache mit den Ländern und Kommunen möchte das Innenministerium ein Gesetz erarbeiten.

## FDP deutet Unterstützung an

Dafür braucht Faeser nicht nur die Unterstützung der eigenen Koalition – die FDP deutete ihre Unterstützung an –, sondern auch der in vielen Bundesländern mitregierenden CDU. Thorsten Frei, Erster Parlamentarischer Geschäftsführer der Unionsfraktion im Bundestag, betont, dass die Union bereits im Mai in einem Gesetzesentwurf vorgeschlagen habe, den Ausreisegewahrsam auf 28 Tage zu verlängern. Die Ampel-Koalition habe das noch „empört abgelehnt“.

Auch der Vorschlag, falsche Angaben zur Identität härter zu bestrafen, stößt bei Frei auf inhaltliche Zustimmung: „Wer die Behörden seines Gastlandes vom ersten Tag an hinters Licht führt, hat meiner Meinung nach sein Gastrecht verwirkt.“ Allerdings habe Faeser beim Chancenaufenthaltsgesetz für sogenannte Mitwirkungsverweigerer den „Spurwechsel“ zu einem dauerhaften Aufenthalt ermöglicht. Polizisten mehr Zugang zu anderen Räumen zu geben, begrüßt Frei.

Der innenpolitische Sprecher der AfD, Gottfried Curio, kritisiert, dass Faesers Entwurf nur kleine Stellschrauben erfasse und absehbar nichts an der grundlegenden Problematik ändere.

*Dominik Guggemos*



Bundesinnenministerin Faeser (SPD) hat einen Diskussionsentwurf für ein „Gesetz zur Verbesserung der Rückführung“ vorgelegt.  
Foto: Kay Nietfeld/dpa